

Antrag

der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Den EU-Beitrittskandidaten Moldau weiter unterstützen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit dem völkerrechtswidrigen und brutalen Überfall Russlands am 24. Februar 2022 auf die Ukraine und imperialistischen Äußerungen der russischen Staatsführung mit Blick auf die Nachbarländer Russlands sieht sich die Republik Moldau in ihrer Sicherheit bedroht. Die Sorgen Moldaus sind begründet und nachvollziehbar. Gleichzeitig hat Moldau seit der Wahl von Maia Sandu zur Staatspräsidentin im Jahr 2020 die Forderungen aus der Bevölkerung nach demokratischen und rechtsstaatlichen Reformen und einer Überwindung von Korruption und Vetternwirtschaft aufgegriffen, einen mutigen und ambitionierten Reformkurs eingeschlagen und sich der Europäischen Union weiter angenähert. Schon dies führte zu negativen Reaktionen von russischer Seite. Die Verteidigung des Völkerrechts und der Prinzipien der europäischen Friedensordnung gegen den Angriff Russlands und die Stärkung von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sind jedoch existentiell für Stabilität und ein friedvolles Zusammenleben auf dem europäischen Kontinent. Daher ist es im Interesse Deutschlands und der Europäischen Union, die Souveränität und Integrität der Republik Moldau und deren demokratische Entwicklung zu unterstützen. Der Bundestag bekräftigt, dass über die Zukunft Moldaus allein Moldau entscheidet.

Die Wahl von Maia Sandu zur Präsidentin der Republik Moldau im November 2020 und die Ergebnisse der Parlamentswahlen im Juli 2021, die eine reformorientierte, pro-europäische Mehrheit zustande brachten, waren Ausdruck der Sehnsucht der Menschen in Moldau nach Demokratie, De-Oligarchisierung, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit sowie einem effizienteren Kampf gegen Korruption, aber auch ein Wunsch nach mehr Wohlstand, nach ökonomischer und sozialer Sicherheit sowie nach besseren Zukunftsperspektiven und Aufstiegschancen für junge Menschen. Für die Regierungspartei PAS, die im Parlament über eine absolute Mehrheit verfügt, ist der Kampf gegen Korruption der zentrale Faktor für ihre Gründung gewesen.

Die ehrgeizige Agenda der moldauischen Führung versucht, den enormen Erwartungen der Bevölkerung gerecht zu werden. Sie konzentriert sich auf den Kampf gegen die Korruption und die Förderung der Justizreform hin zu einem effizienteren, integren, gerechteren und transparenteren Justizwesen, das frei von politischer oder oligarchischer Einflussnahme arbeiten kann, aber auch eine anvisierte Reform der Generalstaatsanwaltschaft. Die Führung der Republik Moldau setzt sich des Weiteren für eine freiere und gerechtere Gesellschaft und die Förderung wirtschaftlicher Entwicklung ein, was unter anderem die kürzlich erfolgte Ratifizierung des Übereinkommens des

Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt („Istanbul-Konvention“) verdeutlicht. Die Umsetzung der Europarats-Roadmap „Supporting the implementation of the Istanbul Convention in the Republic of Moldova“ kann diese Entwicklung noch weiter bekräftigen.

Seit 2009 steht die Reform des Justizsektors kontinuierlich auf der öffentlichen Agenda der Republik Moldau. Dabei hat es wiederholt aufgrund politischer Fehlentwicklungen und mangelndem Willen damaliger politischer Verantwortlicher deutliche Rückschläge gegeben. Es gibt durchaus positive Entwicklungen der letzten Jahre in Bezug auf die Verwaltung des Systems und den Zugang zur Justiz. Diese gilt es zu verstetigen: Der jüngste Erfolg in diesem Bereich sind die Verfassungsänderungen von 2021 zur Stärkung der richterlichen Unabhängigkeit durch die Abschaffung der anfänglichen fünfjährigen Probezeit, den Ausschluss des Parlaments von der Ernennung von Richterinnen und Richtern des Obersten Gerichtshofs und die funktionale Immunität für Richterinnen und Richter.

Das Vertrauen in die Justiz ist nach wie vor sehr gering, da diese insbesondere in der Zeit des State Captures von 2015 bis 2019 zahlreichen politischen Angriffen und dramatischen Fehlentwicklungen, wie z. B. politisch motivierten Urteilen, ausgesetzt war. Dazu zählen die Beteiligung moldauischer Richterinnen und Richter an mehrfachen bis heute nicht aufgeklärten sogenannten Bankenskandalen, bei welchen im Jahr 2014 in drei Banken eine Mrd. Dollar verschwunden ist und im selben Jahr durch ein komplexes Geldwäschesystem rund 20 Mrd. US-Dollar gewaschen wurden sowie die Annullierung der Ergebnisse der Kommunalwahlen in der Hauptstadt Chişinău im Jahr 2018. Darüber hinaus erzwang das Verfassungsgericht im Juni 2019 vorgezogene Neuwahlen und die Auflösung des Parlaments, wobei die Bestimmungen der Verfassung offen zugunsten der damals regierenden politischen Partei des Oligarchen Vlad Plahotniuc, Partidul Democrat din Moldova (PDM), ausgelegt wurden, ehe das Verfassungsgericht eine Woche später die Entscheidung nach öffentlichem Druck und einer außerordentlich scharfen Stellungnahme der Venedig-Kommission aufhob. Aufgrund dieser Erfahrungen gelten die Reform der Justiz und der Kampf gegen die Korruption als das wichtigste politische Anliegen der Bevölkerung.

Seit Januar 2022 hat die Republik Moldau eine neue Reformstrategie für den Justizsektor auf den Weg gebracht. Die Strategie verfolgt drei Ziele: Erstens Unabhängigkeit, Rechenschaftspflicht und Integrität der Akteure des Justizsektors; zweitens Zugang zur Justiz und Qualität der Justiz; drittens effiziente und moderne Rechtspflege. Zu den wichtigsten Maßnahmen der Strategie gehören die Umsetzung von Verfassungsänderungen zur Stärkung der Unabhängigkeit von Richterinnen und Richtern und des Mandats des Obersten Richterrats, die Überprüfung der Rolle des Obersten Gerichtshofs, die Stärkung der Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft, die Erhöhung der Kapazität des Obersten Rates der Staatsanwälte sowie die Verbesserung des Mechanismus für die Disziplinarhaftung von Richterinnen und Richtern und Staatsanwältinnen und Staatsanwälten.

Die am meisten diskutierte Reform ist die externe Bewertung der Integrität der Richterinnen und Richter und Staatsanwältinnen und Staatsanwälte durch ein Gremium, das sich aus nationalen und internationalen Expertinnen und Experten zusammensetzt, die nicht Teil der moldauischen Justiz sind. Mit der Evaluierung konnte die erste Phase dieses langen Prozesses gestartet werden. Diese Maßnahme wurde von der Venedig-Kommission des Europarates ausdrücklich gewürdigt. Eine große Herausforderung bleibt, qualifiziertes Personal zu finden, das die Leitung der Justiz- und Antikorruptionsbehörden übernehmen könnte. Die Wahl der bislang in den USA arbeitenden Juristin Veronica Dragalin zur neuen Leiterin der Antikorruptionsstaatsanwaltschaft ist ein ermutigendes Zeichen. Darüber hinaus sollte der Vetting-Prozess nicht dazu führen, dass ganze Ebenen im Justizwesen paralysiert und damit handlungsunfähig werden.

Der engagierte Reformprozess traf jedoch zusammen mit den Folgen der COVID-19-Pandemie, die auch die Republik Moldau schwer getroffen hat, sowie einer schweren Wirtschafts- und Energiekrise. Die Republik Moldau leidet unter einer sehr hohen Inflationsrate, die besonders durch massiv gestiegene Gaspreise entstanden ist. Als Reaktion auf den demokratischen Aufbruch in Moldau hatte Russland diese deutlich erhöht und verstößt bewusst gegen Vertragsverpflichtungen und nutzt die Energieabhängigkeit des Landes gezielt als Waffe. Zudem ist das Land von den wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und einer großen Fluchtbewegung getroffen. Es ist der Solidarität der moldauischen Bevölkerung, dem Einsatz der Zivilgesellschaft und dem professionellen und eng mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) und anderen internationalen Organisationen abgestimmten Handeln der moldauischen Führung zu verdanken, dass dieser Fluchtbewegung, bei der die Republik Moldau von allen europäischen Ländern pro Kopf die meisten Geflüchteten aufnahm, bislang sehr gut begegnet werden konnte. Diese breite Unterstützung und Solidarität für die Ukraine und die Menschen aus der Ukraine verdient, insbesondere angesichts der sicherheitspolitisch verwundbaren Position und des niedrigen Lebensstandards in der Republik Moldau, höchste internationale Wertschätzung. Im Rahmen der EU-Ukraine Solidarity Lanes spielt Moldau eine wichtige Rolle bei der Ausfuhr von Getreide aus der Ukraine, indem es seine Eisenbahnlinien, Straßen und Hafeninfrasturktur öffnet und damit nicht nur an der Seite der Ukraine steht, sondern auch zur globalen Ernährungssicherheit beiträgt.

Der Krieg hat die moldauische Wirtschaft schwer getroffen. Während Russland, die Ukraine und Belarus mit etwa 15 Prozent des Gesamtanteils zwar kein großes Gewicht in der Struktur der moldauischen Exporte ausmachen, sind diese Länder für einige Wirtschaftssektoren dennoch von existenzieller Bedeutung. Daher ist es verständlich, wenn besonders betroffene Bereiche, wie landwirtschaftliche Produkte, Textilprodukte, Düngemittel und Molkereiprodukte, sich in Zukunft stärker auf den EU-Markt orientieren müssen.

Es wird erwartet, dass das öffentliche Haushaltsdefizit infolge des Krieges in der Ukraine um 300 Mio. Euro drastisch steigen wird. Diese Lücke, die sich zunächst nicht im Haushaltsgesetz 2022 widerspiegelte, konnte mit Unterstützung internationaler Geber und Entwicklungspartner verringert werden. Die Einrichtung der Unterstützungsplattform für die Republik Moldau Anfang April 2022 in Berlin und die zugesagten Hilfen von 659 Mio. Euro für die Republik Moldau sowie weiterer 615 Mio. Euro im Rahmen der Folgekonferenz am 15. Juli 2022 in Bukarest, darunter bis zu 77 Mio. Euro aus Deutschland, werden eine bessere Koordination der Auslandshilfe ermöglichen. Zur Bewältigung der Energiekrise stellte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) dabei 60 Mio. Euro bereit. Das vom BMZ bereitgestellte Unterstützungspaket für die Republik Moldau umfasst Hilfe in Höhe von 112 Mio. Euro.

Obwohl von der Wirtschaftskrise schwer erschüttert, hält die moldauische Führung ihre Zusagen im sozialen Bereich etwa in Bezug auf die Indexierung von Renten und die Anhebung des Mindestlohns ein. Im April 2022 wurde die überwiegende Mehrheit der Renten um 14 Prozent indexiert, basierend auf der Inflation ab Ende 2021. Darüber hinaus ist der Mindestlohn im Jahr 2022 um fast 20 Prozent auf umgerechnet 175 Euro pro Monat gestiegen. Dennoch ist mehr als die Hälfte der moldauischen Bevölkerung laut Schätzungen des Entwicklungsprogrammes der Vereinten Nationen (UNDP) infolge des russischen Krieges gegen die Ukraine von Armut bedroht.

Die Folgen dieser Krisen und des Krieges, gepaart mit den hohen Erwartungen der Bevölkerung an ihre Regierung, bergen die große Gefahr wachsender politischer Enttäuschung und sozialer Unruhen, sollte es der Führung des Landes nicht gelingen, die

ambitionierten Versprechen zu erfüllen. Es ist daher umso wichtiger, dass es populistischen, oligarchischen und kriminellen Kräften nicht gelingt, aus der kritischen Situation Kapital zu schlagen.

Aufgrund der geografischen Nähe zur Ukraine, der illegalen Präsenz der 14. russischen Armee im zur Republik Moldau gehörenden transnistrischen Landesteil und bedrohender Aussagen politischer und militärischer Entscheidungsträger Russlands, gibt es in Moldau nachvollziehbarerweise große Befürchtungen, nach der Ukraine zum nächsten Opfer eines russischen Angriffskrieges zu werden. Die Bilder des Krieges in der Ukraine haben zudem bei vielen Menschen traumatische Erinnerungen an den Krieg von März 1992 bis August 1994 hervorgerufen. Die Republik Moldau hat den russischen Angriff auf die Ukraine scharf verurteilt und ihre Unterstützung für die Ukraine bekräftigt. Die Regierung betont gleichzeitig den in der Verfassung dargelegten Neutralitätsstatus der Republik Moldau und die klare Position, sich von jeder militärischen Beteiligung am Konflikt fernzuhalten. Diese Neutralität wird auch von der Mehrheit der moldauischen Bevölkerung mitgetragen. Sie wird jedoch faktisch durch die fortgesetzte Anwesenheit russischer Truppen auf moldauischem Territorium von Russland verletzt. Bislang ungeklärte Explosionen im abtrünnigen transnistrischen Landesteil am 25. April 2022 unterstreichen einmal mehr, dass die fortwährende Verletzung der territorialen Integrität und Souveränität der Republik Moldau jederzeit eine erneute militärische Eskalation bedeuten kann. Die unsichere Nachbarschaft, aber auch die Gefahr eines erneuten Ausbruchs von Kampfhandlungen in der transnistrischen Region hat zu der Entscheidung der moldauischen Führung geführt, eine Reform und Vergrößerung sowie eine höhere Professionalisierung und Verbesserung der Qualität der Ausbildung der Streitkräfte anzustreben.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Verleihung des EU-Kandidatenstatus an die Republik Moldau durch den Europäischen Rat am 23. Juni 2022 als wichtiges politisches Signal. Damit bekennt sich die EU zur europäischen Zukunft der Republik Moldau und setzt gleichzeitig für die politische Führung des Landes und die Zivilgesellschaft den entscheidenden Anreiz für ein entschlossenes Fortsetzen des eingeschlagenen Reformkurses sowie der weiteren Konsolidierung der noch fragilen Demokratie. Die gesellschaftliche Unterstützung für die EU-Integration ist breit. Die Republik Moldau hat sich klar zu grundlegenden Reformen bekannt. Die Europäische Union muss an ihrer Aufnahmefähigkeit arbeiten.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unterstützt seit Langem die politischen und ökonomischen Transformationsprozesse in der Republik Moldau im Rahmen der Transformationspartnerschaft. Es liegt nun an der Republik Moldau selbst, die für eine EU-Mitgliedschaft notwendigen Schritte, insbesondere die vollständige Erfüllung der Kopenhagener Kriterien, einzuleiten. Deutschland und die EU sind angehalten, die notwendige Unterstützung zu leisten, damit die dafür notwendigen Kräfte entfaltet werden können.

Der Weg zum EU-Kandidatenstatus wurde durch die beträchtlichen Fortschritte bei der Umsetzung des 2014 unterzeichneten Assoziierungsabkommens mit der EU geebnet. Rund 70 Prozent der EU-Regeln im Rahmen des Assoziierungsabkommens wurden bereits in nationales Recht umgesetzt (etwa 500 von mehr als 680 EU-Richtlinien und -Verordnungen wurden nach Angaben der moldauischen Regierung vollständig oder teilweise umgesetzt). Fast zwei Drittel der Exporte Moldaus sind auf den EU-Markt ausgerichtet, und diese Zahl dürfte in den kommenden Monaten aufgrund der Kriegsfolgen steigen. Selbst aus dem transnistrischen Landesteil gehen inzwischen mehr als 50 Prozent der Exporte in die EU. Die größte Herausforderung lag bislang in der Umsetzung des Werteteils des Assoziierungsabkommens, einschließlich Rechtsstaatlichkeit, Unabhängigkeit der Justiz und Bekämpfung der Korruption.

Wie der jüngste Bericht über die Umsetzung des EU-Assoziierungsabkommens mit der Republik Moldau feststellt, benötigen die Behörden in der Republik Moldau alle

politische, finanzielle, personelle und technische Unterstützung der EU, die sie bekommen können, um die entscheidende Dynamik des Fortschritts aufrechtzuerhalten. Die Intensivierung der Kontakte zwischen der EU und der Republik Moldau, auch auf höchster politischer Ebene, ist ein deutlicher Ausdruck des gegenseitigen Bekenntnisses zu einer ergebnisorientierten Zusammenarbeit.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,
- die EU-Beitrittsperspektive der Republik Moldau und den nun beginnenden komplexen Beitritts- und Reformprozess auf Basis der Kopenhagener Kriterien aktiv zu unterstützen;
 - sich auf europäischer Ebene für eine Modernisierung des Beitrittsprozesses durch Teilnahme an attraktiven Zwischenschritten einzusetzen;
 - der Republik Moldau direkte, zweckgebundene Budgethilfen für die Überwindung kurzfristiger Herausforderungen in Aussicht zu stellen;
 - die Justiz- und Verwaltungsreformen mittels gezielter Beratung, Schulungen und Kooperationen mit deutschen Institutionen zu begleiten, ein koordiniertes Entsendungsprogramm geeigneten Personals aus dem öffentlichen Dienst zu prüfen und für die Umsetzung der Empfehlungen der Venedig-Kommission des Europarates zur Justizreform zu werben;
 - die Republik Moldau in ihrem Bestreben zu unterstützen, den Energiemix zu diversifizieren, den Energiebereich zu stärken und einer möglichen Abkopplung von russischen Energielieferungen präventiv entgegenzuwirken, insbesondere durch Ausbau alternativer Wege zur Versorgung mit Erdgas und Strom, die Beschleunigung des Baus der Energienetzverbindung mit Rumänien, die Förderung erneuerbarer Energien, Unterstützung beim Aufbau neuer Kraftwerkskapazitäten, aber auch Maßnahmen und konkrete Projekte zur Steigerung der Energieeffizienz und Energieeinsparung;
 - auf europäischer Ebene dafür zu werben, Transportwege von der Republik Moldau nach Rumänien auszubauen, etwa durch die Unterstützung der Modernisierung der Schienenverkehrsinfrastruktur mit Rumänien und weiteren Mitgliedstaaten der Europäischen Union, einschließlich durch Elektrifizierung von Eisenbahnstrecken und den Bau einer europäischen Spurweite für internationale Handels- und Personenverkehrsstrecken, die perspektivisch mit Odessa verbunden werden können, des Baus neuer Brücken zwischen Rumänien und der Republik Moldau sowie zwischen der Republik Moldau und der Ukraine, die Unterstützung der Erhöhung der Lagerkapazität von Terminals, die innerhalb des internationalen Freihafens Giurgiulesti gebaut werden und der Erleichterung von Passagen von Handels- und Passagiertransportschiffen;
 - Maßnahmen zur Geflüchtetenhilfe für die Republik Moldau auszubauen, etwa im Bereich des Bildungswesens, der medizinischen Versorgung und psychosozialen Betreuung;
 - den Ausbau der grenzüberschreitenden Koordination mit Rumänien bei der Versorgung und Verteilung von Geflüchteten, aber auch zum Schutz von Geflüchteten gegen Menschenhandel und vor sexualisierter Gewalt, zu fördern, sowie auf europäischer Ebene dafür zu werben, die Präsenz von EU-Agenturen zur personellen und operativen Unterstützung bei der Gewährleistung rechtstaatlicher Verfahren, die die Menschenrechte und menschenwürdige Behandlung von Geflüchteten achten, zu stärken und gleichzeitig auf die Präsenz von UN-Agenturen aufmerksam zu machen;

- die Republik Moldau beim Schutz von Frauen und Kindern als besonders vulnerablen Gruppen in humanitären Krisen und bewaffneten Konflikten, die immer wieder von sexualisierter Gewalt betroffen sind, zu unterstützen und bei der Aufarbeitung sexualisierter Gewalt und deren Folgen Hilfe zu leisten;
- für eine Fortsetzung und Vertiefung der in Berlin gestarteten und in Bukarest fortgesetzten Unterstützungsplattformen als Grundlage für das gemeinsame EU-Resilienzpaket für die Republik Moldau zu werben; die Einrichtung eines Investitionsfonds u. a. im Rahmen der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung zu prüfen, um der Republik Moldau langfristige wirtschaftliche Perspektiven zu ermöglichen und die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zu unterstützen;
- sich für eine Fortsetzung des Dialoges rund um die Frage der territorialen Integrität der Republik Moldau bezüglich der transnistrischen Region einzusetzen und dabei insbesondere die OSZE-Mission in der Republik Moldau sowie direkte Kontakte zwischen der Regierung und dem transnistrischen Landesteil zu unterstützen;
- die angekündigte Reform der Streitkräfte zu unterstützen, etwa im Rahmen der EU-Friedensfazilität und der EU-Verteidigungsinitiative für die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO, insb. im Rahmen des European Medical Command – EMC), im Bereich der Ausbildung und Logistik, strategischen Planung, Kommunikation, aber auch durch Lieferung von Ausrüstung im nichtletalen Bereich, den Aufbau von Kapazitäten zur Abwehr von Cyber-Angriffen sowie die vertiefte Integration der Republik Moldau in die mittel- und langfristigen strategischen Ziele und sicherheitspolitischen Institutionen der Europäischen Union entlang des strategischen Kompasses;
- zu prüfen, inwieweit unter Wahrung rechtsstaatlicher und grundrechtlicher Standards die nachrichtendienstliche Zusammenarbeit intensiviert und nachrichtendienstliche Fähigkeiten der Republik Moldau ausgebaut werden können, etwa durch die Unterstützung bei der Entwicklung von Frühwarnmechanismen gegen hybride Bedrohungen, der institutionellen Stärkung der Kapazität des Audiovisuellen Rates und der personellen und finanziellen Verstärkung der East StratCom Task Force zur Bekämpfung von Desinformation sowie durch Erfahrungsaustausch mit Deutschland in diesem Bereich;
- die Regierung der Republik Moldau in Zusammenarbeit mit den Institutionen des Europarates und der Europäischen Union weiter bei Reformvorhaben und deren Umsetzung zur Bekämpfung von Menschenrechtsverstößen zu unterstützen. Dazu zählt insbesondere die Bekämpfung der Diskriminierung gegen Roma, Unterbindung von Gewalt gegen Frauen, effektiver Schutz für die LGBTI-Community und die Stärkung der Pressefreiheit gegen Einflussnahme;
- die Regierung der Republik Moldau dabei zu unterstützen, den Schutz von Frauen vor sexualisierter Gewalt und den effektiven Zugang zu Rechtsschutz und zivilrechtlichen Schutzmöglichkeiten sicherzustellen und in der Umsetzung der Europarats-Roadmap „Supporting the implementation of the Istanbul Convention in the Republic of Moldova“ zu unterstützen;
- dafür zu werben, dass die Reformagenda im Bereich des Arbeitsmarktes der moldauischen Regierung im Einklang mit ILO-Kernarbeitsnormen und europäischen Sozialstandards erfolgt, damit der soziale Dialog zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften gefördert wird. Hierzu ist die Bundesregierung aufgerufen zu prüfen, Sozialreferentinnen und -Referenten in die Länder der Östlichen Partnerschaft zu entsenden;

- die Fortschritte der Republik Moldau bei der Deinstitutionalisierung des Kinderbetreuungssystems und die Schritte, die zur Entwicklung eines neuen Kinderschutzprogramms und Aktionsplans für 2022–2026 unternommen wurden, weiter zu unterstützen;
- die Republik Moldau bei der Integration und Gleichstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und in zivilen und öffentlichen Strukturen zu unterstützen;
- sich dafür einzusetzen, dass der „Bankraub des Jahrhunderts“, der Betrugsskandal des Jahres 2014, vollständig aufgeklärt, die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden und dem moldauischen Staat der entstandene Verlust zurückerstattet werden kann, sowie die bilaterale Zusammenarbeit in Rechtsfragen zu intensivieren;
- sich für die Einleitung eines Dialogs zwischen der neuen Europäischen Staatsanwaltschaft (EUSTa) und den Ermittlungsstellen der Republik Moldau über Korruptionsfälle auf hoher Ebene und die Veruntreuung von EU-Geldern in der Republik Moldau einzusetzen;
- auf europäischer Ebene dafür zu werben, mehr Maßnahmen zur regionalen Entwicklung strukturschwacher Gegenden zu fördern, insbesondere in der autonomen Region Gagausien;
- sich für eine Ausdehnung der Vorteile der EU-Roamingverordnung einzusetzen, damit Mobilfunknutzerinnen und -nutzer aus der Republik Moldau wie auch aus der Ukraine und Georgien beim Aufenthalt in EU-Staaten von den Roaminggebühren befreit werden und umgekehrt ebenso in der EU ansässige Personen in diesen Ländern Mobilfunkdienste ohne Zusatzkosten nutzen können;
- die Republik Moldau beim Umsetzen der Klimaziele und der Förderung der nachhaltigen und ökologischen Entwicklung der Landwirtschaft wie auch durch Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung zu unterstützen;
- die Zusammenarbeit im Zivil- und Katastrophenschutz, etwa bei der Bekämpfung von Hochwasser und Waldbränden, auszubauen;
- Instrumente und Institutionen des zivilgesellschaftlichen Jugendaustausches und Schülerinnen- und Schüleraustausches zwischen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der Republik Moldau sowie das Erasmus+ Programm zu stärken;
- Forschungsk Kooperationen mit moldauischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen im Rahmen von Horizont Europa weiter zu intensivieren, v. a., um dem Infrastrukturaufbau im innovativen Bereich im Sinne der Europäischen Nachhaltigkeitsziele (twin green & digital transformation) anzukurbeln.

Berlin, den 8. November 2022

Dr. Rolf Mützenich und Fraktion
Katharina Dröge, Britta Haßelmann und Fraktion
Christian Dürr und Fraktion

